

Protest in Peenemünde gegen Verkauf von NVA-Schiffen an Indonesien

Beihilfe zum Völkermord. Dringend verdächtig: Bundeskanzler Kohl, Außenminister Kinkel, Innenminister Seiters sowie der Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanzminister, alles Mitglieder des Bundessicherheitsrates, welcher die Genehmigung zum Verkauf von 37 Kriegsschiffen nach Indonesien erteilte.

Mit diesen Fahndungsplakaten und zahlreichen Transparenten war der Zugang zum Hafen von Peenemünde in Mecklenburg-Vorpommern am Pfingstweekenende gekennzeichnet, als im Rahmen eines Friedensfestes fünf Kriegsschiffe spektakulär besetzt wurden. Mit der Aktion wollten ca. 200 Kriegsgegner die Ausfuhr der ehemaligen NVA-Schiffe (s.a. Nachrichtenteil) nach Indonesien verhindern. Bei der v.a. von Gruppen aus der Bürgerrechtsbewegung in Ostdeutschland vorbereiteten Aktion wurde gefordert: "Wir protestieren gegen die materielle Ausrüstung von Krisenherden in der Dritten Welt. Ehemalige NVA-Rüstungsgüter müssen verschrottet werden und nicht Militärdiktaturen zur Weiterführung von Kriegen überlassen werden. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesverteidigungsausschuß auf, den Kriegsschiff-Export sofort zu stoppen."

Die Aktion verlief - bei gutem Wetter und wenig Polizei - kreativ und friedlich. Am Samstag besuchten zahlreiche Menschen die fünf Schiffe, um sich zu versichern, ob sie für zivile Zwecke geeignet seien. Die zahlreichen Geschütze ließen

jedoch eher andere Einsatzbereiche vermuten. Die grauen Seefahrzeuge wurden anschließend mit Transparenten wie "Verschrotten", "Hier liefert Deutschland Waffen an einen Aggressor", "Freiheit für Ost-Timor", und bunten Verzierungen geschmückt. Für jeden der 200.000 seit der Besetzung Ost-Timors umgekommenen Menschen wurde ein Kreuz auf die Schiffe und die Zufahrtswege gemalt.

Am Pfingstsonntag kamen bei strahlendem Sonnenschein viele BesucherInnen zum Hafen. Touristen und Einheimische nutzten die Chance zu erfahren, um was für Schiffe es sich hier handelt, warum die Protestaktion stattfindet und wie die Situation in Indonesien und Ost-Timor ist. Zahlreiche Menschen waren entsetzt darüber, daß die Kriegsschiffe an ein Land verkauft werden sollen, dessen Verhältnisse an die Zustände in der DDR erinnern: Oppositionsgruppen sind verboten, die Presse unterliegt strenger Zensur, die Wahlergebnisse stehen vorher fest, Amnesty International macht ständig auf Folter und Mißhandlungen aufmerksam, es gibt Zwangssterilisierungen, willkürliche Verhaftungen usw. Die Veranstalter betonten deshalb, gerade der Vergleich mit der DDR zeige, daß man verpflichtet sei, die Auslieferung der Schiffe nach Indonesien zu verhindern.

Die sechs auf den Schiffen verbliebenen BesetzerInnen und ihre UnterstützerInnen an Land forderten auch Verhandlungen mit der Regierung. Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern,

Rudi Geil, kam schließlich nach Peenemünde. Im Gespräch vor Ort äußerte er Verständnis für die Motivation der KriegsgegnerInnen, bat jedoch um Einsicht: Es handele sich hier um eine unrechtmäßige Aktion, die freiwillig beendet werden müsse. Die Besetzer wollten diesem Rechtsverständnis jedoch nicht folgen: Ihrer Überzeugung nach verstößt der Waffenexport und die Beihilfe zum Völkermord gegen höherwertige Rechtsgüter. Die Bundeswehr hatte "Hausfriedensbruch" angezeigt - genaugenommen war es aber "Kriegsschiff-Friedensbruch, ein absurder Vorwurf. Polizisten haben diese skandalöse Doppelmoral mit dem einfachen - und leider wahren - Satz erklärt: "Manche müssen sich an Regeln halten, andere eben nicht." Ob sie das in ihren Schulungen über die parlamentarische Demokratie gelernt hatten, blieb ungeklärt.

Nach den "politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom 24.4.1982 gilt für Nicht-NATO-Staaten: "Der Export von Kriegswaffen wird grundsätzlich nicht genehmigt, es sei denn, daß auf Grund besonderer politischer Erwägungen Ausnahmen allgemeiner Art festgelegt werden oder im Einzelfall vitale Interessen der Bundesrepublik für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen. Der Export darf nicht zur Erhöhung der Spannung beitragen."

Die Schiffe wurden am Pfingstmontag geräumt - doch die Forderung bleibt bestehen: **SCHWERTER ZU PFLUGSCHAREN - DIE SCHIFFE VERSCHROTTE**

"watch-Indonesia", Berlin

Das Asienhaus - bald schon Realität

Das Asienhaus als Idee ist nunmehr schon einige Jahre alt. Im Asienhaus wollen sich vier zu asiatischen Regionen oder Ländern tätige Informationsbüros unter einem Dach zusammenschließen, ohne dabei ihre Eigenständigkeit aufzugeben: die Südostasien Informationsstelle (Bochum), das Südasiabüro (Dortmund), das Philippinenbüro (Köln) und das Korea Kommunikations- und Forschungszentrum (Köln). Das Ziel beim Aufbau dieses Zentrums ist, die politische Informations- und Bildungsarbeit der beteiligten Büros durch enge Zusammenarbeit sowie den Abbau von Doppelungen zu stärken. Dies schließt auch den Aufbau eines gemeinsamen Asienverlags und einer gemeinsamen Bibliothek/Archiv ein. Als sich der Arbeitskreis Asienhaus Ende 1992 schließlich in der lange Zeit ungeklärten Standortfrage auf den Raum Bochum/Dortmund verständigte, kam es zunächst zu einer kurzfristigen Verzögerung, weil der seinerzeitige Asienhaus-Koordinator

Sven Hansen aus Köln sich aus persönlichen Gründen nicht in der Lage sah, unter dieser Prämisse weiterzuarbeiten.

Zum 1. April habe ich dann die Stelle übernommen. Zu meinen bisherigen Arbeitsschwerpunkten gehören vor allen Dingen folgende Punkte:

Suche nach einer Immobilie für das Asienhaus

Bei der Kontaktaufnahme mit den Stadtverwaltungen in Bochum und Dortmund ergab sich bisher in beiden Fällen eine große Offenheit und Kooperationsbereitschaft, die aber selbstverständlich durch leere Kassen und eine angespannte Immobilienlage in den zentraleren Stadtgebieten etwas gedämpft wird. Sowohl in Bochum wie auch in Dortmund liegen nunmehr einige Angebote vor, die in Kürze vom AK Asienhaus geprüft und besichtigt werden. Sollte darunter ein Objekt sein, das sowohl von uns ge-

wünscht wird als auch uns zur Verfügung gestellt werden kann, kann das Asienhaus sich bereits im Herbst in Form eines konkreten Gebäudes materialisiert haben. Unter Umständen können dann allerdings noch einige Monate Renovierungszeit verstreichen, bis das Asienhaus für die Büros bezugsfertig ist. Leider kann ich hier nicht viel konkreter werden, da dies schwebende Verhandlungen u.U. ungünstig beeinflussen könnte. Ich hoffe jedoch, daß sich dies in Kürze geändert haben wird.

Für die beiden Büros in Dortmund und Bochum käme dann ein relativ kurzfristiger Umzug in das Asienhaus in Frage, während die beiden Kölner Büros dafür etwas längere Zeit veranschlagen müssen. Dies liegt nicht nur an der teilweise starken Abhängigkeit von ehrenamtlicher Mitarbeit aus dem Kölner Raum, sondern auch daran, daß sich die bezahlten Mitarbeiter/innen verständlicherweise nur dann an einen Umzug machen werden, wenn ihre Stellen perspektivisch einigermaßen finanziell abgesichert sind, was zur Zeit noch nicht gewiß ist. In jedem Falle wird aber Büroraum für sie freigehalten werden, ggf. durch befristete Untervermietung an Dritte, damit sie später einziehen können.